



Gemeinsame Pressemitteilung zur Preiserhöhung des Deutschlandtickets

Stuttgart, den 23. September 2025 PM |

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Entscheidung der Verkehrsministerkonferenz ist ein Schlag ins Gesicht für Jugendliche in ganz Deutschland. Die erneute Preiserhöhung des Deutschlandtickets ab 2026 ist für uns als Jugendvertretungen Baden-Württembergs inakzeptabel. Statt Chancen und Mobilität zu schaffen, werden Jugendliche einmal mehr im Stich gelassen.

Jugendliche sind in besonderer Weise auf den ÖPNV angewiesen, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Minderjährige dürfen oft noch nicht Auto fahren, und die, die es dürfen, können es sich nicht immer leisten.

Zudem bedeutet bezahlbarer ÖPNV auch einen wichtigen Schritt in Richtung Klimaziele. Besonders wir jungen Menschen werden am meisten unter den Folgen der Klimakrise leiden.

„Wir Jugendlichen setzen uns entschieden für einen starken und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr ein – denn unsere Zukunft steht auf dem Spiel. Die Verkehrswende darf nicht weiter aufgeschoben werden. Es ist unsere Generation, die die Folgen der Klimakrise am härtesten spüren wird. Deshalb fordern wir von der Politik: Schluss mit leeren Versprechen – sorgt endlich für flächendeckende, klimafreundliche und bezahlbare Mobilitätsangebote für alle!“, so Elif Karayagiz, die Vorsitzende für Externes beim Dachverband der Jugendgemeinderäte.

Das „D-Ticket JugendBW“ war ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Jugend. Doch jede weitere Preiserhöhung ist für uns nicht akzeptabel. Wir fordern die Landesregierung auf, den Preis bei 39,42 Euro zu sichern und langfristig zum 365-Euro-Jugendticket zurückzukehren. Trotzdem ist für uns das letzte Ziel klar: kostenloser ÖPNV für alle jungen Menschen. Denn es kann nicht sein, dass der jungen Generation Faulheit und mangelndes Interesse vorgeworfen wird, wenn uns bei so grundlegenden Sachen wie Verkehrsgerechtigkeit Steine in den Weg gelegt werden.

„Natürlich wissen wir, dass Geld knapp ist, aber es kann nicht sein, dass, wenn gespart werden muss, der Rotstift bei uns angesetzt wird. Wir wollen mitmachen, wir wollen dabei sein. Dafür brauchen wir zum Beispiel bezahlbaren ÖPNV und eine Politik, die kompromisslos hinter der jungen Generation steht“, fordert Noah Hermanns vom Landesjugendbeirat.

Wer von Verkehrswende spricht und gleichzeitig die Ticketpreise erhöht, verspielt Glaubwürdigkeit und das Vertrauen junger Menschen in die Politik. Besonders der Bruch des Koalitionsversprechens, den Preis des D-Tickets bis 2029 einzufrieren, verschärft die gesellschaftliche Vertrauenskrise.

Eine monatliche Ausgabenerhöhung von nur wenigen Euro trifft viele Jugendliche im Alltag schwer. Doch die Symbolkraft und das politische Zeichen, das die Politik heute an die jungen Menschen gesendet hat, wiegen noch weitaus schwerer.



„Wir werden bei der Wehrpflicht nicht gefragt, unsere Sorgen beim Klimawandel werden nicht ernst genommen, in der Corona-Zeit haben wir für alle zurückgesteckt und auf Bildung verzichtet – es ist schlicht und ergreifend ungerecht und auch ein bisschen frech, uns jetzt durch die Preiserhöhung gesellschaftliche Teilhabe zu erschweren“, so der Vorsitzende des Landesschülerbeirates, Joshua Meisel.

Es ist ein langfristig folgenschwerer Fehler, der die bereits stattfindende Frustration und die mit ihr einhergehende politische Bewegung breiter Teile der Jugend – weg aus der politischen Mitte und hin zu radikalen und extremistischen Kräften – weiter befeuert.

„Die Politik muss anfangen, junge Menschen systematisch in die Mitte des Diskurses zu rücken – wir sind Teil der Zukunft. Wer uns ernst nimmt, darf unsere Mobilität nicht durch Preiserhöhungen einschränken“, erklärt Abdirahman Ahmed, der Vorsitzende des Landesjugendbeirates.

Wir fordern daher:

- Von den Ländern im Bundesrat, der Preiserhöhung nicht zuzustimmen und damit ein sichtbares Zeichen für die Jugend zu setzen,
- von der Bundesregierung und den Ländern, die nötige Finanzierung bereitzustellen, um die Preissteigerung zu stoppen,
- von der Landesregierung, das D-Ticket JugendBW mindestens beim aktuellen Preis vom Januar 2025 zu halten oder bestenfalls zum 365-Euro-Ticket zurückzukehren,
- von der Bundesregierung und den Ländern, perspektivisch einen kostenlosen ÖPNV für alle jungen Menschen einzuführen, um echte Chancengerechtigkeit und nachhaltige Mobilität zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

der Landesschülerbeirat,
der Landesjugendbeirat und
der Dachverband der Jugendgemeinderäte

von Baden-Württemberg.

Kontakt zum Landesschülerbeirat

- Pressesprecherin** | Esmeralda Temizyüz
presse@lsbr.de
+49 172 7388816
- Vorsitzender** | Joshua Meisel
vorsitz@lsbr.de
+49 172 3467697
- Geschäftsstelle** | Landesschülerbeirat
Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart

Kontakt zum Landesjugendbeirat

- Pressesprecherin** | Pia Bell
presse@ljb-bw.de
- Vorsitzender** | Abdirahman Ahmed
vorsitz@ljb-bw.de
- Geschäftsstelle** | Landesjugendbeirat
Thouretstraße 6
70173 Stuttgart

Kontakt zum Dachverband der JGR

- Vorsitz für Externes** | Elif Karayagiz
elif.karayagiz@jugendgemeinderat.de
- Vorsitz für Internes** | Jonas Dehmel
jonas.dehmel@jugendgemeinderat.de
- Geschäftsstelle** | Dachverband der Jugendgemeinderäte
Schloßstraße 23
74372 Sersheim